

Was tun bei Diskriminierung?

In der Situation

- Ruhe bewahren
- Zeuginnen und Zeugen sowie mögliche Unterstützerinnen und Unterstützer ansprechen

Nach einem Vorfall

- Alles notieren: Was genau ist passiert? Wann und wo? Wer war beteiligt? Gibt es Zeuginnen und Zeugen? (Gedächtnisprotokoll)
- Beweise aufbewahren
- Kontakt zu einer Beratungsstelle aufnehmen
- Für Unterstützung ggf. an den Betriebsrat wenden
- Beim Arbeitgeber beschweren: Er hat die Pflicht, alle Beschäftigten vor Diskriminierung zu schützen.

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Das AGG regelt, was im Arbeitsrecht, aber auch im Zivilrecht, unter den Begriff Diskriminierung fällt.

Ziel des AGG (§1) ist es, Benachteiligungen aus rassistischen Gründen oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.

Das AGG sagt, wie Sie vorgehen müssen, wenn Sie sich rechtlich gegen eine Diskriminierung wehren wollen. Dafür gelten kurze Fristen. Deshalb ist es wichtig, möglichst bald eine Antidiskriminierungs-Beratungsstelle zu kontaktieren.

AGG

IQ Projekt „Faire Integration“

Arbeits- und sozialrechtliche Beratung für Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten, die nicht aus der EU kommen. Informationen und Unterstützung bei Fragen zu Rechten und Pflichten im Arbeitsverhältnis und bei Problemen im Job.

Beratungsstelle Frankfurt:

Europäischer Verein für Wanderarbeiterfragen e.V.
Wilhelm-Leuschner-Str. 69/77 • Haus 2 • 3. Stock •
Büroräume 311, 312 • 60329 Frankfurt am Main

Amer Saikali (Projektleitung und Beratung)

Tel.: 069 / 40 76 97 40 • Mobil: 01511 / 43 87 96 8

amer.saikali@emwu.org

Beratungsstelle Kassel:

Europäischer Verein für Wanderarbeiterfragen e.V.
Spohrstraße 6-8 • 4. Stock • Räume 4.018, 4.019 •
34117 Kassel

Ahmad Sharaf (Beratung)

Mobil: 01515 / 41 61 59 3

ahmad.sharaf@emwu.org

Hamta Naim-Ayubi (Beratung)

Tel.: 0561 / 20 29 07 30

hamta.naim-ayubi@emwu.org

www.hessen.netzwerk-iq.de

Stand: 10/2019

Das Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ zielt auf die nachhaltige Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Erwachsenen mit Migrationshintergrund ab. Das Programm wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) gefördert. Partner in der Umsetzung sind das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Bundesagentur für Arbeit (BA).

Das Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert.



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

In Kooperation mit:



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Bundesagentur
für Arbeit



**Gegen Diskriminierung
im Arbeitsleben!**

Information & Beratung in Hessen

Diskriminierung und

Was ist Diskriminierung?

Diskriminierung ist ungleiche Behandlung, Benachteiligung, (sexuelle) Belästigung oder Ausgrenzung von Personen und Gruppen. Sie kann überall stattfinden. Diskriminierung wertet Menschen ab und verletzt ihre Würde.

Häufige Diskriminierungs-Kategorien

Behinderung / Chronische Krankheit

Ethnische Herkunft

Geschlecht / Gender-Identität

Lebensalter

Rassistische Zuschreibungen

Religion / Weltanschauung

Sexuelle Identität

Sozio-ökonomischer Status

Etc.

Im Arbeitsleben kann sich Diskriminierung unterschiedlich zeigen, zum Beispiel:

- Bei der Arbeitsplatzsuche (z.B.: Stellenausschreibung)
- Im Bewerbungsgespräch
- Bei der Bezahlung
- Im Arbeitsalltag (z.B.: Witze, Beleidigungen oder Kontaktvermeidung, sexuelle Belästigung)
- Bei der Ausbildung zum Beruf
- Bei den nächsten Karriereschritten (z.B.: Beförderungen, Versetzungen)
- Beim Ende des Arbeitsverhältnisses
- Etc.

Mehr Information: www.antidiskriminierungsstelle.de
(-> Beratung -> Anwendungsbereiche)

... Beratungsstellen!

Beratung zu Antidiskriminierung

Hier können Sie über das Erlebte sprechen und Sie bekommen Informationen über Ihre Rechte. In der Beratung können Sie klären, ob und wie Sie sich wehren möchten. Auf Wunsch werden Sie dabei unterstützt. Die Beratung ist mehrsprachig oder wird gedolmetscht. Sie ist kostenlos.

Beratungsstellen in Hessen

Antidiskriminierungsstelle im Amt für multikulturelle Angelegenheiten (Amka)

Mainzer Landstraße 293
60326 Frankfurt am Main
Tel.: 069 / 21 23 01 11
antidiskriminierung@stadt-frankfurt.de

Stabsstelle Antidiskriminierung / Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Sonnenberger Str. 2 / 2a
65193 Wiesbaden
Tel: 0611 / 32 19 33 91
ads@hsm.hessen.de
<https://soziales.hessen.de/integration>

Antidiskriminierungsberatung in der Bildungsstätte Anne Frank

Hansaallee 150
60320 Frankfurt
Tel.: 069 / 56 00 02 44
kontakt@adibe-hessen.de
<https://adibe-hessen.de>

Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen

Tel.: 0611 / 98 99 52 0
info@netzwerk-gegen-diskriminierung-hessen.de
<https://www.netzwerk-gegen-diskriminierung-hessen.de>

Bundesweite Beratung

Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Glinkastraße 24, 10117 Berlin
Tel.: 030 / 185 55 18 55
E-Mail-Beratung: beratung@ads.bund.de
www.antidiskriminierungsstelle.de

Juristische Erstberatung (Mo 13-15, Mi und Fr 9-12 Uhr) und Information zu Beratungsstellen in Wortortnähe.

Gleichbehandlungsstelle EU-Arbeitnehmende

www.eu-gleichbehandlungsstelle.de
Beratung sowie Information, u.a. zu Beratungsstellen in Wohnortnähe.

Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd)

Sternwartenstr. 21, 04103 Leipzig
Tel.: 0341 / 99 39 78 81
info@antidiskriminierung.org
www.antidiskriminierung.org

Information und Beratung über Rechte, Unterstützungsmöglichkeiten und lokale Beratungsstellen.

Bundesverband Mobile Beratung e.V.

Bautzner Str. 45, 01099 Dresden
Tel.: 0351 / 500 54 16
kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de
www.bundesverband-mobile-beratung.de

Zusammenschluss Mobiler Beratungsteams (MBTs) aus allen Bundesländern. MBTs beraten bei konkreten rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Vorfällen.

Dieser Flyer kann keine Rechtsberatung darstellen oder diese ersetzen. Wenden Sie sich im Zweifelsfall und für genaue Auskunft an die genannten Beratungsstellen oder an eine juristisch geschulte Person, die verbindlichen Rechtsrat erteilen darf.